

Dokumentation

DENKMAL WEITER - Initiativentag gegen Antiziganismus

23. / 24. Oktober 2014

Vertretung des Freistaates Thüringen beim Bund, Mohrenstraße 64, 10117 Berlin



Einführung

Am 23.-24. Oktober 2014 veranstalteten das Bündnis für Demokratie und Toleranz gemeinsam mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma die bundesweite Kooperationsveranstaltung „DENKMAL WEITER - Initiativentag gegen Antiziganismus“.

Anliegen der Partner war es, das Engagement gegen Antiziganismus zu stärken. Dafür sollte eine Veranstaltung Vertretern/-innen der Minderheit, ehrenamtlich Engagierten Bürger/-innen und Vertreter/-innen aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft als Plattform für einen Erfahrungsaustausch und das Sammeln neuer Anregungen dienen. Ziel war es, mit verschiedenen Akteuren ins Gespräch zu kommen, die sich bereits gegen Antiziganismus engagieren bzw. für eine Weiterentwicklung der Tätigkeiten in diesem Bereich zu werben und Interessierte anzusprechen. Allen Teilnehmenden sollte die Möglichkeit gegeben werden, Anliegen und Bedarfe einzubringen, Handlungsstrategien zu diskutieren und weiterzuentwickeln sowie bestehende Netzwerke zu erweitern.

Im Fokus der Veranstaltung standen folgende Fragen: Wie tritt man Antiziganismus in der Gesellschaft entgegen? Wie lassen sich Vorurteile gegenüber Sinti und Roma erkennen und abbauen? Welche Unterstützung braucht zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antiziganismus?

Der Schwerpunkt des ersten Veranstaltungstags war, allen Teilnehmenden einen Einblick in die Ist-Situation zu ermöglichen. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu Vorurteilen gegenüber Sinti und Roma wurden präsentiert sowie die aktuellen Erscheinungsformen und Dimensionen von Antiziganismus im Gespräch mit Vertreter/-innen der Minderheit und Mehrheit aus Politik, zivilgesellschaftlichen Institutionen und der Kulturbranche eruiert.

Bei einem feierlichen Abendessen umrahmt von Musik und Kunst konnten Referenten und Teilnehmende angestoßene Diskussionen in einer lockeren Atmosphäre fortführen und mit Akteuren aus anderen Regionen ins Gespräch kommen.

Am zweiten Veranstaltungstag standen ein vertiefender praxisorientierter Austausch sowie die Entwicklung neuer Ansätze im Engagement gegen Antiziganismus im Mittelpunkt. In sechs Werkstätten zu den spezifischen Handlungsfeldern Medien, Wohnumfeld, Familie und Schule, Arbeitswelt, Sport sowie in einer offenen Fragerunde arbeiteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an alten und neuen Lösungsstrategien, die im Folgenden dargestellt werden.

Vortrag von Prof. Dr. Wolfgang Benz:

Sinti und Roma: Die unerwünschte Minderheit – Struktur und Wirkung des Vorurteils „Antiziganismus“

Stimuliert durch die Überfremdungsängste der EU-Bürger erblühen alte Vorurteile zu neuem Leben, werden Feindbilder reaktiviert, mit denen die größte ethnische Minderheit Europas traditionell stigmatisiert ist. Zivilisationsfeindlich, kriminell, gewalttätig, zügellos, unstet, nicht lernfähig und nicht integrierbar seien Sinti und Roma, versichern uns selbsternannte Experten. Und sie legen den Schluss nahe, an ihrem Elend in der Slowakei, in Ungarn, der Tschechischen Republik, Bulgarien und Rumänien oder in Serbien und im Kosovo seien sie selber schuld. Die Situation der Roma in Südosteuropa ist Touristenattraktion geworden, ist Gegenstand von aufgesetzt einfühlsamen Reportagen und Fotostrecken, die mit dem Blick des Herrenmenschen angefertigt werden, um uns das Grausen zu lehren und die Mehrheit in der Abwehr der Minderheit zu bestärken.

Die selbsternannten „Experten“ nennen die Objekte ihres Interesses ganz ungeniert wieder „Zigeuner“, obwohl (oder weil) sie das kränkt. Durch Verallgemeinerung werden Gefahren beschworen und dubiose Kenntnisse über die Minderheit verbreitet, die uns durch Migration angeblich bedroht. Die unangenehmen Eigenschaften, die pauschal auf alle Roma aus Südosteuropa projiziert werden, sind willkommene Gründe zur Ausgrenzung und Diskriminierung. Und wer angesichts bettelnder Kinder und Frauen von deren Menschenwürde spricht, also davon, dass Polizeimaßnahmen zur Abschiebung nicht rechtens und keineswegs human sind, muss sich naiv nennen lassen und leichtsinnig angesichts einer vermeintlich großen Gefahr, der man energisch entgegentreten müsse.

Einst hieß es „Zigeunerplage“ und es ist erst Jahrzehnte her, dass man der Minderheit so energisch entgegentrat wie seit langem gefordert. Die Diskriminierung und Verfolgung von Sinti und Roma kulminierte im Völkermord unter nationalsozialistischer Ägide. Daran erinnern neben dem vor zwei Jahren eingeweihten Denkmal in prominenter Lage Berlins die Mahnmale und andere Zeichen in den großen Städten. Den Überlebenden wird politische Empathie in der Öffentlichkeit entgegengebracht, im privaten Raum bleibt es zu oft bei den überlieferten Mutmaßungen, die Abneigung und Ausgrenzung begründen.

Das NS-Regime hatte sich die überlieferten rassistischen und sozialen Ressentiments zueigen gemacht und führte die seit langem gängige Politik gegen die Minderheit nur weiter, bis die Ausgrenzung im Völkermord mündete. Auch dieser Genozid wurde so systematisch wie der Judenmord geplant und ausgeführt. Aber er drang erst spät ins Gedächtnis der Nation, weil die Mehrheit der Deutschen lange Zeit einig war, dass das Schicksal der „Zigeuner“ von anderen Intentionen bestimmt gewesen sei. Nicht Rassenhass sondern Kriminalprävention sei die Absicht der Nationalsozialisten gewesen und die Leiden hätten Sinti und Roma weniger verspürt

als andere Opfer. Und wenn es Kriminalprävention war, dann waren die Opfer doch auch selber schuld an ihrem Unglück, dachte die Mehrheit noch Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches.

Die Leiden der verfolgten und deportierten Sinti und Roma waren mit dem Ende des NS-Regimes nicht beendet. Die Diskriminierung dauerte mindestens bis in die 1970er Jahre. Die Ablehnung der Anträge auf Entschädigung wurde von den Behörden mit den gleichen rassistischen Vorurteilen begründet, die vom NS-Staat zur Verfolgung der Minderheit benutzt wurden. „Zigeuner“ seien aus Veranlagung kriminell, ihre Internierung im Dritten Reich habe deshalb nur polizeilich notwendige vorbeugende Gründe gehabt, die Haftbedingungen seien harmlos gewesen und die Verfolgung bis Auschwitz habe sie weniger geschmerzt als andere Menschen. Vom Genozid wollten Politiker, Behörden, Gutachter, Mitbürger nichts wissen. Erst spät, für viele zu spät, gaben Gerichte den Klagen von Sinti und Roma auf Entschädigung recht. Und noch viel später sind sie in die Gedenkkultur der Nachgeborenen aufgenommen worden. Aber des Unrechts, das der Minderheit geschehen ist, sind wir uns immer noch nicht genügend bewusst, das lehren die anhaltenden Vorurteile und die Ängste der Mehrheit gegenüber Sinti und Roma in der Gegenwart. Gemeinsam bleibt den Sinti und Roma die traumatische Erinnerung an den Völkermord. Das Argument, das sei so lange her und längst Vergangenheit, zählt für sie so wenig wie für die Juden, weil der Schmerz und die Wunden des Traumas nicht nachlassen oder heilen.

Die Angehörigen der autochthonen Minderheit deutscher Sinti und Roma treten für die Mehrheit der Deutschen kaum in Erscheinung. Sie sind integriert, wohnen und arbeiten so unauffällig wie ihre Nachbarn, geben sich nicht zu erkennen, weil sie das Stigma fürchten, wenn sie sich als „Zigeuner“ outen. Einige Musiker und Sportler haben es getan, nachdem sie Prominentenstatus erreicht hatten und keine Schmähung und keinen Karrierenachteil mehr fürchten mussten, andere sorgen sich aber um ihren Platz in der Chefetage in Industrie, Banken und Handel und geben diesen Teil ihrer Identität nicht preis.

Das Verhältnis der Minderheit der Sinti und Roma zur jeweiligen Mehrheit wird auch in Deutschland durch Traditionen, überlieferte Ressentiments, Legenden, Bilder bestimmt. Dazu kommt die neue visuelle Wahrnehmung: Roma-Zuwanderer aus Südosteuropa werden als lästige Arme, als fremde Hilfsbedürftige, als „aggressive Bettler“, als ungefragte Anbieter unnützer Dienstleistungen, als Sozialschmarotzer, als Eindringlinge gesehen. Sie prägen das negative Bild, nähren die Ressentiments des Antiziganismus, das sich an die tradierten Vorurteile und Feindbilder anschließt.

Antiziganismus als Delikt wird von der zuständigen Behörde, dem Bundesamt für Verfassungsschutz, nur beiläufig als Ingredienz des rechtsextremen Spektrums zur Kenntnis genommen. Aus der Beobachtung der islamophoben und fremdenfeindlichen Partei „pro NRW“ haben die Beamten die Erkenntnis gewonnen, dass „pro NRW“ versuche, Vorurteile und Ängste in der Bevölkerung aufzugreifen

und „mit pauschalen Diffamierungen anzuheizen“. Ein direkter Zusammenhang bestehe, so die Behauptung, zwischen „unkontrollierter Masseneinwanderung“ und „überbordender Kriminalität“. Der stellvertretende Vorsitzende von „pro NRW“ Jörg Uckermann wird im Verfassungsschutzbericht mit einer Rede am 9. November 2013 zitiert, in der er die Parole „Heimatliebe statt Roma-Diebe“ ausgab. Kurz zuvor, am 5. Oktober 2013, hatte ein anderer hoher Funktionär von „pro NRW“ Zuwanderer aus Osteuropa als „Heuschreckenplage“ apostrophiert. Fremdenfeindliche Demagogen und rechte Populisten versuchen, die sozialen Probleme, die durch die Zuwanderung von Roma aus Südosteuropa in deutschen Kommunen entstehen, politisch auszunutzen. Am infamsten agitierte bislang die NPD mit beleidigenden Plakaten und hetzenden Parolen gegen Sinti und Roma, sekundiert von rechtsextremen Gazetten wie der „National-Zeitung“.

Mit auftrumpfender Besserwisseri erklären Autoren von Artikeln und Sachbüchern „das Wesen“ der Zigeuner und warum man sie nicht mag. Aber das ethnologische Vorgehen führt in die Irre, denn nicht die zugeschriebenen Eigenschaften und die beobachteten Verhaltensweisen bestimmen Wahrnehmung und Reaktion der Mehrheit. Vielmehr konstruiert die Mehrheitsgesellschaft ihre Ressentiments aus eigenem Bedürfnis und agiert sie gegenüber der Minderheit. Dies ist aus der Geschichte der Judenfeindschaft geläufig, aber von vielen schwer zu akzeptieren. Es müsse doch an den Juden liegen, dass man sie nicht mag und der Hass gegen Muslime habe seine Ursache in der Religion und in den Sitten und Bräuchen derer, die ihr folgten, lauten gängige aber falsche Argumente, die gerne geglaubt werden. Fanatiker hatten einst behauptet, der Talmud gebiete den Juden feindseliges Verhalten gegen Nichtjuden und ihre Epigonen wollen glauben machen, im Koran sei die Wurzel allen Übels zu finden: Der Islam sei eine Gewaltideologie und deshalb müsse jeder gläubige Muslim ein potenzieller Gewalttäter sein.

Solche Mechanismen der Wahrnehmung gelten auch gegenüber Sinti und Roma. An die Stelle der Religion treten bei ihnen die Zuschreibungen der Kulturrassisten. Der Versuch, die Volksgruppe ethnologisch zu betrachten und zu beschreiben, um die Gründe für ihr geringes Ansehen bei der Mehrheit in schuldhaftem Verhalten oder in negativen Charaktereigenschaften oder in der Folklore der Roma zu finden, ist vergeblich und bestätigt nur die vorhandenen Ressentiments. Vergleichende Vorurteilsforschung hat ein anderes Ziel. Der Vergleich mit anderen Diskriminierten, insbesondere die Bedeutung der Gemeinsamkeiten von Antisemitismus und Antiziganismus, dient der Erkenntnis, warum die Mehrheit Partizipation und andere Bürgerrechte verweigert und im schlimmsten Falle die Exklusion bis zur genozidalen Vernichtung treibt, welchen Sinn die Ausgrenzung von Gruppen für die Ausgrenzenden hat, welche Mechanismen beim Prozess ineinandergreifen und welche Methoden dazu angewendet werden. Naturgemäß kommt der Betrachtung medialer Manifestationen von Antiziganismus die größte Bedeutung zu, sie dient auch der Exemplifizierung von Befunden.

Eine Falle, in die wir als Angehörige der Mehrheit gerne treten, ist das Zigeunerbild als literarisches Konstrukt. Liebgewordene Klischees vom freiheitsdurstigen, ganz dem Tag ohne Pflichten und Zwänge hingegebenen, allzeit fröhlichen, musizierenden, tanzenden, bunt gekleideten Naturvolk, mit lockenden jungen Frauen und wahrsagenden alten Hexen, haben Verführungskraft und sind wirksam zur Tradierung von Vorurteilen. Von den literarischen Bildern müssen wir uns befreien. Und ebenso müssen wir uns den Blick des Herrenmenschen abgewöhnen. Zum notwendigen Diskurs auf Augenhöhe gehört die Kenntnis vom historischen Schicksal der Sinti und Roma. Der Völkermord an Sinti und Roma unter nationalsozialistischer Ideologie ist keineswegs versunkene Geschichte; die Ermordung von Großeltern und Eltern der heute lebenden Generationen ist traumatische Erfahrung wie der Holocaust für die Juden. Der Unterschied besteht allenfalls in der Tatsache, dass die Mehrheit dies lange nicht zur Kenntnis genommen hat, dass die Leiden der Juden wenn nicht Empathie so doch Gefühle der Scham und Schuld auslösten, die Leiden der Sinti und Roma aber ignoriert und vergessen wurden.

Die Vorbehalte, die mit dem neuen, wenig glücklich gebildeten Begriff Antiziganismus umschrieben werden, existieren gegenüber der Minderheit der Sinti und Roma weiterhin. Politisch akzeptiert sind die nach Schätzungen rund 50 000 Sinti und 30 000 Roma, die seit Jahrhunderten in Deutschland ansässig sind, wohl auch die etwa 20 000 Roma aus Italien, Jugoslawien und Griechenland, die seit den 1960er Jahren als Gastarbeiter zuwanderten (sie sind nur unter der Nationalität ihrer Herkunftsländer registriert und werden entsprechend wahrgenommen). Vorbehalte gegen Sinti und Roma sind offiziell verpönt, rassistische Diskriminierung wird als politisch unkorrekt gewertet und gegebenenfalls geahndet. Unter der Oberfläche aufgeklärten Verhaltens gegenüber Mitbürgern sind die alten Ressentiments jedoch virulent und bedürfen nur des Anlasses, um aktiviert zu werden. In der Folklore und der Werbung wird mit den tradierten Zigeunerbildern hantiert und die Vorstellungen über Nomadentum, Kulturferne, Unangepasstheit, hartnäckiges Eigenleben unter feindseliger Abschottung gegen die Mehrheitsgesellschaft bis hin zur Vermutung genetisch bedingter Kriminalität sind keineswegs verschwunden.

An zwei Themenfeldern soll skizziert werden, welche Feindbilder und Vorurteile unter dem Begriff Antiziganismus agiert werden. Zentrale Bedeutung hat das Feindbild „Armutsmigration“, das Überfremdungs- und Existenzängste bedient und nicht nur in der Agitation von Rechtspopulisten und Rechtsextremen eine große Rolle spielt. Das zweite Themenfeld ist die mediale Vermittlung von Bildern über die Minderheit.

1. Seit Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Zuwanderung rumänischer und bulgarischer Bürger ist seither legal. Unter ihnen befinden sich auch Roma, die in ihrer Heimat nicht nur rassistischer Diskriminierung, sondern, als Folge der wirtschaftlichen Transformations- und Umstrukturierungsprozesse, auch zunehmender Verelendung ausgesetzt sind. Während gut ausgebildete und für den Arbeitsmarkt höher qualifizierte Zuwanderer wenig Integrationsprobleme haben, sind Roma auf der sozialen Stufenleiter weit

unten positioniert und schwer in die Gesellschaft einzugliedern. Neben ihrer Armut ist die Angst der Aufnahmegesellschaft, genährt durch die uralten Ressentiments, die auf überlieferten Stereotypen beruhen, die Hauptursache dafür, dass sie nicht willkommen sind.

Die Zuwanderung armer Leute ist grundsätzlich und überall zu allen Zeiten unerwünscht. Das spürten Deutsche, die als politisch Verfolgte oder als Juden ab 1933 den Herrschaftsbereich der Nationalsozialisten verlassen mussten. In den Aufnahmeländern wurden allenfalls junge gut ausgebildete Fachleute gebraucht, die anderen stellten in erster Linie eine Belastung der Sozial-Etats dar, und dagegen schützten sich die USA ebenso wie die anderen Nationen, die Asyl verweigerten oder es nur ganz wenigen unter bestimmten Bedingungen gewährten.

Die Migranten aus Rumänien und Bulgarien, über die von vielen allzu schnell vermutet wird, sie seien allesamt Roma, bilden für Großstädte, in denen sie sich ansiedeln, soziale Probleme. Viele haben keine Krankenversicherung, die Wohnsituation ist (ohne Verschulden der Migranten) prekär, die Situation auf dem Arbeitsmarkt trostlos. Die Städte fühlen sich von der hohen Politik, die die Erweiterung der EU forcierte, im Stich gelassen und die Medien verbreiten nur zu gerne dramatische Bilder der Bedrohung, der „Überfremdung“, der Gefahren für die Bürger durch angeblich gewaltübende Barbaren und ihre vermuteten schrecklichen Sitten und Gebräuche. Aber weder die zahlenmäßige Dimension der Zuwanderung noch die Qualifikation der Mehrheit der Migranten bietet Anlass zur Besorgnis, wenn man sich die Tatsache bewusst macht, dass wir nicht mehr in Nationalstaaten leben, sondern in der politischen Gemeinschaft Europa.

2. Ein Lehrstück für die Zählebigkeit des Vorurteils und für die stereotypengeleitete Wahrnehmung von Minderheiten durch die Mehrheit hat sich dieser Tage ereignet. Die Medien berichteten mit großer Lust, ausführlich und detailfreudig, aber keineswegs im Geist der Aufklärung und gar nicht an Menschenrecht und Menschenwürde interessiert, über den Fall Maria. Griechische Polizisten hatten bei einer Routine-Razzia in einer Roma-Siedlung am Rand der mittelgriechischen Stadt Farsala ein kleines Mädchen entdeckt. Der Berliner Tagesspiegel berichtete in einem vierspaltigen Artikel mit folgenden Worten: „Die Fahnder suchten vor allem nach Drogen. Die fanden sie. Sie fanden auch Waffen. Und dann fanden sie die kleine Maria. Das Mädchen lugte unter einer Wolldecke hervor. Hellblondes Haar, grüne Augen – den Polizeibeamten war schnell klar: das konnte kein Roma-Kind sein“.

Dem Berichtersteller war es ebenso klar, auch der Redaktion, die unter dem Foto des Mädchens textete: „Die vierjährige Maria wurde am Wochenende von griechischen Polizisten aus den Händen einer Roma-Familie befreit. Die Familie steht im Verdacht, das Kind entführt zu haben und verwickelt sich in Widersprüche“. Mitgeteilt wird auch, dass der 39jährige Mann ein umfangreiches Vorstrafenregister habe und dass die Großfamilie Kindergeldbetrug im großen Stil betreibe. Weiter wird gehöhnt, der durch falsche Papiere dokumentierte Kindersegen des Paares müsse

auf einem biologischen Wunder beruhen. Am folgenden Tag wird über das internationale Echo des Falles wieder breit berichtet. Abermals nicht auf der Basis von Recherchen, sondern von Mutmaßungen geleitet. Von weitverbreitetem Sozialbetrug ist die Rede und davon, dass „die Roma-Frau“ „besonders dreist vorgegangen“ sei. Das jahrhundertealte Feindbild scheint sich wieder einmal bestätigt zu haben: Zigeuner, die ohnehin kriminell sind, stehlen Kinder.

Wenige Tage später stieß polizeilicher Eifer auch in Irland auf ein blondes Kind in einer Roma-Familie. Der irische Fall war schneller geklärt als der griechische: der DNA-Test erwies, dass alles mit rechten Dingen zugeht. Die mediale Aufregung war aber bereits geschürt, da Sensationen eilbedürftig sind.

Der Fall Maria war bald kein Ereignis mehr. Denn es hat keine Kindsentführung gegeben. Aber die normative Kraft des Vorurteils hat sich wieder einmal bestätigt. Das Publikum wurde mit stereotypen Denkmustern bedient und der aufklärende Artikel am Ende der Affäre, betitelt „Das Vorurteil der dunklen Haut“, war wieder mit einem dreispaltigen denunziatorischen Foto aufgemacht. Die Bildlegende lautete: „Dieses von der griechischen Polizei verbreitete Foto von Maria und dem Roma-Ehepaar weckt alte Klischees, nach denen Roma angeblich fremde Kinder entführen. Das Vorgehen der Behörden stößt zunehmend auf Kritik“.¹

Die Haltung der Medien ebenfalls, wäre anzumerken. Der Diskriminierung der größten Minderheit, die in Europa lebt, ist ein neues Kapitel hinzugefügt, gleichzeitig ist die Wirkung des fortwährenden Ressentiments der Mehrheit gegenüber einer Minderheit demonstriert worden.

Diskriminierung und Armut sind gute Vorlagen für künstlerisches Schaffen und solchermaßen gestaltet ist die in ihrer realen Existenz unerwünschte Minderheit willkommen. Die Ankündigung eines Buches über Roma in Südosteuropa² bestätigt die Ahnung, dass die Mehrheit in der Wahrnehmung der Minderheit keine Fortschritte gemacht hat. Die „Zigeuner“ sind immer noch Objekte romantisierender Betrachtung, wahrgenommen als exotisches Sujet, dargestellt als Abenteuer des Voyeurs, der als Fotograf (und seine Frau als Geschichtensammlerin) in Dänemark auf das Thema aufmerksam wurde.

Auf die Nachricht hin, in einer Zigeunersiedlung in Ungarn würden die Menschen leben wie im späten Mittelalter, sind der Fotograf und die Geschichtensammlerin aufgebrochen, haben sich bei den Roma einquartiert und „die Zigeuner“ sieben Jahre lang zu ihrem Thema gemacht. Die Bilder sind in den Galerien der großen Städte zu sehen, die Aufnahmen werden gepriesen als „malerisch und dokumentarisch zugleich“, sie „erzählen das Schicksal eines vertriebenen, geschassten, wandernden Volkes, ein Leben in ewiger Improvisation“. Der hohe Ton, in dem solche Klischees

¹ Tagesspiegel, 25.10.2013: Das Vorurteil der dunklen Haut.

² Joakim Eskildsen/Cia Rinne, Die Romareisen, Göttingen 2007.

vorgetragen werden, ist gut bekannt als Methode, dem „Zigeuner“ literarische Zuwendung angedeihen zu lassen – von Hermann Hesse bis Wolfdietrich Schnurre und Werner Bergengruen. So sieht die Mehrheit die Sinti und Roma immer noch am liebsten, nicht als Bürger, Nachbarn und Kollegen, schon gar nicht als arme Einwanderer mit fremden Sitten. Die Distanz, vom skandinavischen Künstlerehepaar mit Bedacht inszeniert, ermöglicht freundliche Emotionen wie diese: „Die intensiven Porträts, Momentaufnahmen und Panoramabilder, aufgenommen mit einer Hasselblad, brechen mit dem Klischee vom romantischen Zigeunerleben, sie erzählen von der Härte des Überlebens, von Würde, von Schmutz und Stolz“.³

Irrtum. Kein Klischee wird mit solchen Bildbänden gebrochen, aber viele Vorurteile werden bestätigt. Die Kulturalisierung des „Zigeunerlebens“, die Lust an der Armut der Roma, die Botschaft von Würde, Schmutz und Stolz ist ebenso wie die ressentimentbeladene Reportage über das Dasein auf Müllhalden oder in menschenunwürdigen westdeutschen Wohnungsbau-Ruinen ein Zerrbild der Existenz der größten Minderheit in Europa. Zur Wirklichkeit gehört die Normalität der integrierten Sinti und Roma, aber auch der Hass, der ihnen entgegenschlägt.

³ Feindbild

Protokolle der Werkstätten

Werkstatt 1: Vorurteile in den Medien entkräften

Input: Markus End, Diplom-Politologe und Verfasser der Studie „Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit. Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation“

Moderation: Herbert Heuss, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma



Es wurden zwei wesentliche Fragen aufgeworfen:

- Welche Gestalt von Vorurteilen gibt es in den Medien?
- Was kann gegen die antiziganistischen Vorurteile in der Mehrheitsgesellschaft getan werden?

Analysiert wurde ein Bild, das der „SPIEGEL“ neben seinem Bericht zur neu erschienenen Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma benutzte. Das Bild trägt den Untertitel „Roma-Familie in Berlin-Neukölln“. Es zeigt eine Frau, die zwei Kinder an der Hand führt. Die drei sind vor einem maroden Hauseingang von hinten fotografiert. Sowohl die Frau als auch die Kinder haben dunkles Haar.

Assoziiert wurden von den Teilnehmenden mit dem Bild „ärmliche Verhältnisse“, „Anonymität“, „der Gesellschaft den Rücken zukehrende Akteure“.

Der Bildtext stimuliere die Frage, ob es sich tatsächlich um eine „Familie“ handle. Es bleibe unklar, ob es sich um Neuankömmlinge oder seit Generationen hier Lebende handle. Es sei unklar, ob sie in dem fotografierten Haus wohnten, aber es nähre das Urteil, dass „Leute, die so aussehen, auch in einem solchen Haus wohnen“ würden.

Wichtig für die Analyse ist, dass ein solches Bild nur mit Vorwissen verstanden werde könne. Die schematisierte Darstellung unterstütze die Lesart des nicht-informierten Publikums, dass es sich bei den abgelichteten Personen nur um „Armutszuwanderer“ handeln könne.

Des Weiteren wird die vorurteilsbelastete Bildinterpretation genährt durch die Assoziationsketten: Neukölln = Migration und Gewalt, Frauen und Kinder = Volk befindet sich auf kindlicher Entwicklungsstufe, dunkles Haar = Roma (biologischer Rassismus).

Es handle sich bei dem Bild um eine „subjektive Momentaufnahme des Fotografen“, die wirkungsmächtig sei. Die Zeitschrift verspreche sich höhere Auflagen, wenn mit Klischees gearbeitet werde. Solche Bilder könnten die Einstellung beim Publikum bestätigen, dass Roma in solchen erbärmlichen Verhältnissen leben wollen.

Was kann getan werden, wenn Sinti und Roma in den Medien diskriminiert werden?

- Kontakt zur Presse verbessern (ausführlicher Brief an lokale Medien, Gespräch suchen)
- Interview kontrollieren
- Presse hätte die Möglichkeit, durch angemessene Bilder auf Vorurteile einzuwirken
- Zu überprüfen sei, wer Kommentare in Foren etc. schreibe und wie man damit umgehe
- Aufklärung außerhalb der Medien (Informationen zur Geschichte und Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in Schulbücher aufnehmen), Foren positiv nutzen, Meinung älterer Generationen (die das Netz nicht nutzen) wird nicht gehört

Weitere Überlegungen der Teilnehmenden:

- Medienberichte und Kommentare spiegeln wider, dass vermehrt rassistisch kommentiert werde; Rassismus war unterschwellig da, durch eine deutlichere Präsenz in den Medien werde das Phänomen verstärkt.
- Für eine bessere Aufklärung an Schulen ist ein politischer Wille vonnöten. In der Politik werde das Problem weithin verleugnet (Lösung: Bewusstsein an unterschiedlichen relevanten Stellen schaffen).
- Aktuelle Migrationspolitik (z. B. das Ziel, „Anreize für Migration in die sozialen Sicherungssysteme“ zu verringern, im Koalitionsvertrag) und die sie begleitende Sprache („Wer betrügt, der fliegt“) bilden einen Nährboden für die Zunahme des Rassismus.
- Politiker wie der ehemalige Innenminister Friedrich sprechen nicht von „Roma“, sondern von „Armutszuwanderern“ im Allgemeinen; dies wird jedoch in der Öffentlichkeit und insbesondere in den Medien direkt als „Roma“ dechiffriert. (Einige Teilnehmende: Jene, die wirtschaftlich verwertbar seien, dürften bleiben, die anderen nicht.)
- Stimmen einiger Teilnehmenden: Bei jeder Reform gebe es Leute, die sie missbrauchen würden. In den Medien werde der Missbrauch durch extreme Einzelfälle dargestellt („Hartz IV-Empfänger lebt in Florida“) und dann verallgemeinert.
- Antiziganistische Einstellungen sind in allen Bildungsschichten zu finden.
- Zuwanderung ist vielgestaltig. Entsprechend ausdifferenziert sollten auch das Bild und die Beurteilung sein, die man sich davon macht.

Werkstatt 2: Wohnumfeld

Input: Ana-Maria Berger, Aachener Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft

Moderation: Johanna Suwelack, Bündnis für Demokratie und Toleranz



Inputphase

Nach einer Vorstellungsrunde stellt Frau Ana-Maria Berger das Wohnprojekt Arnold-Fortuin-Haus in der Harzerstraße 65 in 12059 Berlin-Neukölln vor. Es handelt sich um einen ehemals heruntergekommenen Wohnkomplex, bestehend aus 8 Häusern, der von der Aachener Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft aufgekauft und saniert wurde. Das Wohnprojekt besteht seit nun mehr als drei Jahren und wird als Vorbildprojekt gesehen. Seit ungefähr einem Jahr begleiten auch Phinove e.V. und ASPE e.V. die Familien, die da wohnen.

Erfolgsstrategien des Projekts:

- Empowerment: Bewohner/-innen wurden in die Sanierung und in die Instandhaltung des Wohnkomplexes einbezogen. Sie wurden z.B. als Bauarbeiter/-in oder Reinigungskraft angestellt. Somit tragen sie selbst Verantwortung für ihr Wohnumfeld.
- Klare Bedingungen für Interessierte: Die Kinder müssen in die Schule gehen. Zudem dürfen keine falschen Papiere vorgelegt werden. Es wird kommuniziert, dass die Interessierten offen und wahrheitsgetreu mit eventuell nicht vorhandenen Papieren umgehen sollen, damit zusammen eine Lösung gefunden werden kann.
- Einbeziehung des Umfelds: Sensibilisierung der Nachbarschaft durch organisierte Treffen um Vorurteile abzubauen und Konflikte zu vermeiden.
- Durchmischungskonzept: Das Arnold-Fortuin-Haus ist kein Wohnprojekt nur für Roma, sondern für alle Menschen in Not. Die Aachener Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft geht trotzdem sensibel mit dem Zusammenleben verschiedener Kulturen um. Hierfür wurde das Beispiel von arabischen Familien und Roma-Familien genannt. Bei der Wohnungszuteilung wird versucht, eventuelle Konflikte zu vermeiden.
- Offene Angebote für die Bewohner/-innen: Kitas, Mutter-Kind-Gruppe, Vater-Kind-Gruppe, Deutschkurse, psychosoziale Beratung. Die Angebote müssen an die Nachfrage durch die Bewohner/-innen angepasst werden. Die Aachener Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft und AspE e.V. arbeiten hier eng zusammen.
- Ziel des Wohnprojekts: Sicheren und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen.
- „Kein starres Konzept“. Stattdessen Flexibilität, Kreativität und Orientierung an

den Bedürfnissen der Menschen.

- „Win-win Situation“: Sowohl die Immobiliengesellschaft als auch die Bewohner/-innen profitieren von dem Projekt. Die Bewohner/-innen haben bezahlbaren und angemessenen Wohnraum. Für die Immobiliengesellschaft zahlt sich das Projekt langfristig aus: Zum einen steigt durch die Sanierung der Wert der Immobilie, zum anderen wird durch die Mieteinnahmen Gewinn erzielt.
- Zusätzlich profitiert die Gesellschaft, da den Kindern durch das Projekt eine gute Schulbildung ermöglicht wird.

Anregungen aus der Werkstatt:

- Als Alternative zu schwer erreichbaren Plätzen in Kindertagesstätten wird das Dortmunder Modell „Kinderstuben“ vorgestellt: Tagesmütter vernetzen sich und können so mehr als fünf Kinder privat betreuen. So erlernen die Kinder spielerisch soziale Kompetenzen, Deutschkenntnisse werden vertieft und die Eltern haben die Möglichkeit, ihrer Erwerbstätigkeit weiter nachzugehen.

Nach vielen interessierten Fragen der Teilnehmenden wird über das Projekt diskutiert und gemeinsame Forderungen formuliert:

- Städtische und staatliche Immobiliengesellschaften sollen sich das Wohnprojekt Familienforum Harzer Kiez zum Vorbild nehmen.

Dies bedeutet konkret:

- Sozialer Wohnungsbau muss vermehrt stattfinden.
- In Kombination mit Wohnraum sollten soziale Angebote angeboten werden.
- Staatliche und kommunale Wohnungspolitik muss Verantwortung übernehmen.
- Pflicht des Staates, Wohnraum für Menschen in Not zur Verfügung zu stellen.
- Kooperation mit Einrichtungen und Organisationen des Umfeldes.
- Vernetzung mit dem Umfeld, Ämtern und öffentlichen Hilfen.
- Vorbildcharakter des Projekts für kommunale und private Immobiliengesellschaften.

Werkstatt 3: Familie und Schule

Input: Joachim Brenner und Anita Adam, Förderverein Roma e.V. Frankfurt am Main

Moderation: Jara Kehl, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma



Für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe sind heute ein qualifizierender Schulabschluss und eine staatlich anerkannte Berufsausbildung tragend geworden. Gleichwohl ist der gleichberechtigte Zugang zu Bildung nicht immer garantiert. Im Hinblick auf Sinti und Roma ist zu berücksichtigen, dass es sich um sehr heterogene Gruppen handelt und hinsichtlich der Bildungspartizipation deutliche Unterschiede existieren. Zu unterscheiden ist insbesondere zwischen der alteingesessenen Minderheit der deutschen Sinti und Roma und zugewanderten Gruppen, wobei die Integration im Herkunftsland, aber auch aufenthaltsrechtliche Aspekte für den Grad der Bildungspartizipation entscheidend sind.

Generationen- und gruppenübergreifend teilen viele Sinti und Roma die Erfahrung unterschiedlicher Formen von (latenter und offener) Diskriminierung. Dabei machen antiziganistische Ressentiments auch vor der Institution Schule nicht halt. Vielmehr ist die Schule häufig der Ort, an dem Kinder der Sinti und Roma zum ersten Mal mit Vorurteilen über sie und rassistischen Projektionen („Zigeunerstereotypen“) konfrontiert werden, die negative Konsequenzen für das Lernverhalten und den schulischen Erfolg haben können („Disempowerment“ statt Stärkung der Kinder durch Schule).

In der Werkstatt wurde daher zum einen erörtert, wie in den Schulen (beim Lehrkörper, den Mitschüler/-innen und der Elternschaft) eine Sensibilität und ein Bewusstsein für antiziganistische Stereotype geschaffen werden kann. Konsens bestand unter den Teilnehmenden der Werkstatt, dass hierzu reine Wissensvermittlung über Geschichte und Kultur der Minderheit der Sinti und Roma nicht ausreicht (wie sie u.a. das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten vorschreibt), sondern notwendig auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Einstellung zu Minderheiten / den eigenen „Zigeunerbildern“ ist (dazu gehört auch die eigene biographische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus → Häufig Verdrängung / Schuldzuweisung an Opfer). Das Thema Antiziganismus sollte sowohl im Rahmen der Lehrer/-innenausbildung behandelt und - als Teil der allgemeinen Demokratieerziehung und Antirassismusbildung an Schulen - in den schulischen Curricula fest verankert werden. Wichtig sei zudem die Überwindung des häufig defizitorientierten, kulturalisierenden Blickwinkels hin zu einem ressourcenorientierten Ansatz.

Zum anderen ging die Werkstatt der Frage nach, wie die von Antiziganismus betroffenen Kinder und Jugendlichen, aber auch deren Familien, stark gemacht

werden können, um im Schulsystem zu bestehen. Alle Diskutierenden bezeichneten gute formale Bildung als wichtigen Weg der „Selbstermächtigung“ für von Ausgrenzung bedrohte Gruppen. Der Staat müsse den gleichberechtigten Zugang zum Grundrecht Bildung sicherstellen. Bei Bildungsdefiziten müsse die individuelle Förderung in enger Abstimmung mit den Eltern sichergestellt werden. Dabei müsse in jedem Einzelfall der individuelle Bedarf sorgfältig ermittelt werden, um einer Kulturalisierung von Defiziten und damit einer erneuten Stigmatisierung vorzubeugen.

In diesem Zusammenhang diskutierten die Teilnehmenden über den Sinn und die grundsätzliche Zulässigkeit getrennter Beschulung / Förderung von (Roma- und Sinti-) Kindern (z.B. Stütz- und Übungsklassen, Willkommensklassen, aber auch Bildungsprojekte speziell für Sinti und Roma) als Instrument individueller Förderung. Konsens bestand darin, dass getrennte Beschulung nur legitim sei, wenn sie mit Zustimmung der Eltern geschehe und auf eine gleichberechtigte Teilhabe ziele, das heißt, die Bildungsstandards der Regelklassen, bzw. die Beschulung in Regelklassen zum Ziel habe. Eine (temporär) getrennte Beschulung sei auch legitim, wenn sie auf die Förderung und den Erhalt der sprachlichen und kulturellen Identität ziele (wie z.B. muttersprachlicher Unterricht). Einige Teilnehmende vertraten den Standpunkt, dass prinzipiell ethnisch-gemischte Lerngruppen vorzuziehen seien, um (erneute) Ausgrenzung und Stigmatisierung zu vermeiden.

Als einen in diesem Kontext überaus positiven und erfolgreichen Ansatz stellten die Referenten Joachim Brenner und Anita Adam vom Förderverein Roma e.V. Frankfurt am Main das Modellprojekt „Berufliche Bildung, schulische Qualifikation und Erwerbstätigkeit für Roma-Jugendliche und junge Erwachsene“ vor. Das Projekt führe 90 % der jugendlichen Teilnehmer, die in der Regelschule gescheitert seien, erfolgreich zum Hauptschulabschluss. Möglich sei dies insbesondere durch eine starke Binnendifferenzierung im Unterricht, die umfassende Betreuung der Jugendlichen, die enge Einbindung der Familien und die enge Kooperation mit externen Partnern. Die Vermittlung in den Arbeitsmarkt und damit Nachhaltigkeit des Projektes werde durch die Kooperation mit lokalen Beschäftigungsträgern garantiert, wie der Stiftung ProRegion der Fraport AG, die das Projekt mitfinanziert und viele Arbeitsmöglichkeiten biete.

Werkstatt 4: Arbeitswelt

Input 1: Mirza Demirovic, AWO Streetwork, Dortmund

Input 2: Cordula Simon, Europabeauftragte des Bezirks Neukölln, Berlin

Moderation: Alicja Kunzika, Bündnis für Demokratie und Toleranz



Input 1): Cordula Simon, Europabeauftragte des Bezirks Neukölln

Was verbinden wir mit der Arbeitswelt, wie sieht die Arbeitswelt aus? Was bedeutet das für die Minderheit der Roma?

- Die Mehrheitsbevölkerung verbindet Roma nicht mit „normalen“ Beschäftigungsverhältnissen/ Berufsfeldern. „Bestenfalls“ werden Roma Berufe im Zusammenhang mit Musik und Kultur zugeschrieben. Die fehlende Kenntnis über die Minderheit und der Antiziganismus verbauen einen objektiven Blick auf das Thema. Durch die Thematisierung in Neukölln haben sich inzwischen einige Roma in einem größeren sozialen Umfeld geoutet, zumal es nicht nur jüngst nach Neukölln zugezogene rumänische oder bulgarische Roma gibt, sondern polnische, türkische und Roma aus Ex-Jugoslawien, die weitestgehend im Arbeitsmarkt integriert sind.
- Nützlich wäre es allerdings, dass Arbeitgeber im Sinne einer sozialen Verantwortung bewusst auch Personen der Roma-Minderheit beschäftigen und hier ggf. auch ein öffentliches Statement setzen (Unternehmen werben ansonsten auch für ihr soziales Gewissen „ökologisch produziert“, „Fair Trade“ usw.). So könnten z.B. deutsche Unternehmen in den Herkunftsländern bewusst Roma einstellen, um auch dort einen stärkeren Prozess der Teilhabemöglichkeiten der Minderheit in der Arbeitswelt anzuregen.
- Ziel muss sein, dass der Mensch mit seinen Fähigkeiten und Kenntnissen im Mittelpunkt steht. Bis dies soweit ist, bedarf es unter bestimmten Voraussetzungen einer speziellen Förderung, um Teilhabemöglichkeiten in der Arbeitswelt voll zu erschließen. Eine Möglichkeit in Neukölln sollte ein Deutschkurs in Kombination mit einem Basis-Pflegeschein bieten, um Zugang zum Tariflohn in einem Mangelberuf zu gewinnen. Ein erster Versuch scheiterte allerdings aufgrund der noch unzureichenden Deutschkenntnisse sowie verschiedenen Vorstellungen/ Erfahrungen zur Arbeit in der Altenpflege. Bei dem Besuch eines Seniorenheims wurde deutlich, dass in der Seniorenpflege der Herkunftsländer andere Standards vorliegen und das Qualifizierungsangebot für die Zielgruppe dadurch anfänglich schwer verständlich war. Bei der Konzipierung von Förderangeboten ist folglich die Beachtung verschiedener Lebensrealitäten bedeutend.

Input 2): Mirza Demirovic, AWO Streetwork, Dortmund

- Die AWO hat kein spezielles Angebot für Roma, sondern arbeitet stadtteilbezogen. Die bestehenden Angebote werden aber dahingehend evaluiert, wie kultursensibel und offen diese sind. Bildungsangebote wie Alphabetisierungs- und Sprachkurse existieren neben einem generell geschützten Rahmen für Begegnung und sind nötig, stehen jedoch in Konkurrenz zur Grundversorgung, die Betroffene regelmäßig in illegale Arbeitsverhältnisse treibt und eine regelmäßige Teilnahme an den Angeboten erschwert. Folglich muss die Grundversorgung unbedingt gewährleistet sein, damit Förderungen wirken und der Teufelskreis aufgebrochen wird.
- Eine Unterscheidung der Situation innerhalb der Gruppe der neuzugewanderten Roma je nach Herkunftsland ist bedeutend. Kommen die Betroffenen aus einem Land innerhalb der EU, genießen sie zwar Freizügigkeit, finden aber dennoch oft keinen Zugang zum Arbeitsmarkt, da Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien generell als Roma wahrgenommen werden. Kommen sie nicht aus EU-Staaten, so sind sie in Deutschland Asylbewerber und haben kein Arbeitsrecht.
- Doch wie bekommt man nun Arbeit für Roma? Ein Projekt lautet „Kompetenzfeststellung“. Hier werden Biographien aufgearbeitet, Fähigkeiten identifiziert und ein Kompetenz-Profil erstellt. Das Problem bei diesem Projekt bleibt jedoch, dass man die Kompetenzen schließlich identifiziert, ein Anschluss an den Arbeitsmarkt aber trotzdem nicht gewährleistet werden kann. Auch hier wird der Teufelskreis wieder deutlich.

3) Diskussionspunkte und Lösungsansätze

Über wen sprechen wir eigentlich?

- Zwischenfragen während der Inputs machen bereits deutlich, wie schwierig die Eingrenzung der betroffenen Gruppe ist, wenn über Antiziganismus gesprochen wird. Sprechen wir nur von Roma oder doch von Zugewanderten aus Rumänien und Bulgarien?
→ Einige Teilnehmende plädieren dafür, dies klar zu trennen, um Fehlzuschreibungen nicht zu reproduzieren. Die „Praktiker/-innen“ verdeutlichen jedoch, dass die Zuschreibung „Roma“ von außen kommt und die klare Trennung bei Zugewanderten aus Rumänien/ Bulgarien und Roma aus EU-Staaten beim Zugang zum Arbeitsmarkt fast unbedeutend ist, da beide Gruppen die gleiche Diskriminierung durch Antiziganismus erfahren.

Strukturelle Rahmenbedingungen:

- Innerhalb der Kommunen fehlen Ressourcen, strukturelle Probleme liegen z.B. durch einen generell schwierigen Arbeitsmarkt bei hoher Neuzuwanderung vor, was die Vermittlung problematisch macht, Sozialarbeiter/-innen sind keine

Jobvermittler/-innen, Sensibilisierung des Personals z.B. in Jobcentern noch unzureichend, ausbeutende Arbeitsverhältnisse werden nicht ausreichend geahndet.

→ Bedarfe des lokalen Arbeitsmarktes erheben und darauf zugeschnittene Qualifizierungsangebote bereitstellen sowie eigene Personalstruktur interkulturell ausbilden und öffnen.

→ Arbeit bzw. finanzielle Absicherung sind Grundvoraussetzungen für das Gelingen von Fördermaßnahmen.

Förderungs- und Qualifizierungsangebote:

- Bestehende Förderangebote funktionieren oft nicht richtig.
 - Angebote an den Bedarfen und Lebensrealitäten der Zielgruppe ausrichten.
 - Begleitende Qualifizierungsangebote für das Personal in betroffenen Stellen schaffen, z.B. Vermittlungs- und Beratungsstellen.

Vernetzung der Akteure:

- Alle beteiligten Akteure (Vertreter/-innen der Minderheit, der Kommunalpolitik- und verwaltung, Arbeitgeber, soziale Träger, Schulen etc.) müssen sich stärker vernetzen und wechselseitig regelmäßig informieren, um noch besser zusammen zu arbeiten.
 - Idee einer Vermittlungsbörse, bei der Arbeitgeber Interessierten aktuelle Angebote, Anstellungsbereiche im persönlichen Dialog darstellen können.
 - Gezielte Ansprache von Arbeitgebern: Netzwerke der Unternehmer/-innen müssen für Veranstaltungen wie diese erreicht werden, damit der Appell zur Wahrnehmung von sozialer Verantwortung einen der Hauptakteure erreicht.

Werkstatt 5: Antiziganismus im Sport

Input: Andrzej Bojarski, Sportwissenschaftler

Moderation: Thomas Baumann, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma



1) Wie stellt sich der Antiziganismus u.a. im Sport dar?

- Antiziganistische Parolen werden von diversen Fanlagern benutzt, um gegnerische Fans oder die gegnerischen Mannschaften verbal zu verunglimpfen ("Zick-Zack-Zigeunerpack").
- Die genannte Hassparole wird sogar auf Fan-Schals abgedruckt!
- Vereinzelte Rufe von Fans auf das Spielfeld, um einen konkreten Spieler zu beschimpfen ("Zigeuner").
- Die Tatsache, dass bei solchen verbalen Attacken niemand einschreitet und/oder niemand reagiert, stellt ein mindestens ebenso großes Problem dar. Entweder werden antiziganistische Parolen nicht als problematisch wahrgenommen oder sie werden billigend hingenommen.
- Dem ehemaligen ungarischen Fußballspieler Istvan Pisont (westliche Schreibweise) hätten gegnerische Spieler nicht mehr die Hand gereicht, nach dem er sich als Roma "geoutet" hat, weil seine Hand als „schmutzig“ empfunden worden sei.
- Dem ehemaligen französischen Fußballer Eric Cantona sei aufgrund seiner aggressiven Spielweise der Vorwurf gemacht worden, ein "Zigeuner" zu sein. Der Minderheit wird also aggressives Verhalten zugeschrieben.
- Medien würden dieses diskriminierende Verhalten nicht thematisieren. Die Nicht- oder De-Thematisierung stelle ein wichtiges Problem dar.
- Auch wenn im Workshop verstärkt Beispiele aus dem (Profi-)Fußball thematisiert wurden, so ist Antiziganismus ein Problem in allen Bereichen des Sports: Das reicht vom Breitensport bis zum Leistungssport jenseits des Profifußballs, vom Zuschauer über den Sportler bis auf die Funktionärebene.

2) Welche Strategien (Handlungsempfehlungen) könnten dem entgegenwirken?

Wie könnte man das Publikum für antiziganistische Parolen und antiziganistisches Verhalten sensibilisieren und die Täter/-innen gerecht sanktionieren?

- Die Problematik „Antiziganismus“ sollte einer breiten Öffentlichkeit nähergebracht werden. Hier sollten die Medien und die Landessportverbände für die Initiierung einer solchen Kampagne in die Pflicht genommen werden.
- Wenn es im Stadion zu antiziganistischen Sprechchören kommt, sollte sofort

eine Gegenreaktion erfolgen. Sowohl Stadionsprecher/-innen als auch das Publikum selbst sollten sich dafür verantwortlich zeigen (dafür ist aber erst Sensibilisierungsarbeit vonnöten).

- Antiziganismus sollte auf jeder Trainerübungsleiterausbildung auf der Agenda stehen.
- Angebote für Schulungen und Workshops müssten angeboten werden (nicht nur im Profifußball, sondern auch im Breitensport).
- Antidiskriminierungsbeauftragte in Sportverbänden gezielt auswählen und entsprechend schulen.
- Mannschaftsverantwortliche im Amateurfußball müssen junge Amateure über Antiziganismus aufklären (um somit eine Peer-to-Peer-Aufklärung zu ermöglichen).
- Das Monitoring sollte verbessert werden, um sofort mit Sanktionen zu reagieren.
- Die sportwissenschaftliche Fakultät der Universität Köln entwickelt gerade einen kommentierten Strafenkatalog (hier geht es explizit um Diskriminierungen jeglicher Art). Antiziganismus muss auf jeden Fall aufgenommen werden.
- Bei Sanktionen gegen Diskriminierung ist es wichtig, auf ein Ranking (welche Diskriminierung ist schlimmer) zu verzichten. Jede Diskriminierung ist gravierend und dies muss durch Sanktionen auch genauso vermittelt werden.
- DFB (Deutscher Fußball Bund), DFL (Die Liga – Fußballverband e.V.) und der DOSB (Deutscher Olympischer Sportbund) sollten hier eng kooperieren.
- Es sollte eine Kampagne (wie "say no to racism" von der FIFA) speziell gegen Antiziganismus entwickelt werden, um dieses Thema einer breiten Masse zugänglich zu machen. Antiziganismus wird medial gänzlich vernachlässigt.
- Kampagne könnte von prominenten Personen (auch mit Sinti- oder Roma-Herkunft) gestützt werden (Aktion „Prominente zeigen Gesicht“).

Werkstatt 6: „Was ich schon immer mal fragen wollte ... !“

Input: Oswald Marschall, Vorsitzender Verein Deutscher Sinti e.V., Minden

Moderation: Breschkai Ferhad, Bürgerstiftung Berlin



Teil 1: Persönlicher Austausch / Möglichkeit Fragen zu stellen

Praktische Frage: Haben die anwesenden Sinti persönlich Diskriminierung erlebt? Die Anwesenden persönlich nicht, aber dagegen Freunde und Verwandte, vor allem, wenn sie die deutsche Sprache nicht so gut beherrschen oder einen niedrigeren Bildungsstand haben.

Fragen und Antworten:

Wie ist das Verhältnis von Sinti und Roma?

Sie verstünden sich prinzipiell gut. Natürlich gebe es Differenzen, wie es sie aber innerhalb anderer Völker auch gibt.

Was sind die Unterschiede zwischen den Sinti und Roma, die schon lange in Deutschland leben und denen, die jetzt erst hierher ziehen?

Diejenigen, die schon lange in Deutschland leben, hätten sich in die deutsche Kultur integriert. Es gebe Differenzen zwischen denjenigen, die schon seit 600 Jahren hier leben und sich als Deutsche empfinden und denjenigen, die jetzt erst zuziehen. Diejenigen, die schon so lange hier leben, grenzen sich auch ein Stück weit von den neu Zugezogenen ab, wenn diese den "guten Ruf" der anderen gefährden.

Welchen Unterschied gibt es zwischen Sinti und Roma?

Wer ist "wir", wenn Sinti von "wir" sprechen?

Sie würden sich als „Deutsche“ empfinden im Gegensatz zu den Einwanderern von heute, die in ihrem Land alles zurück lassen, um hier zu arbeiten und ihre Familie zu ernähren.

Welche kulturellen Besonderheiten gibt es? Wie kann man das Kindern nahe bringen? Welche Veranstaltungen könnten organisiert werden? Wo gibt es Veranstaltungen, die man besuchen kann?

Warum haben Bürger Angst vor Sinti und Roma, die heute neu zuziehen?

Die Vorurteile seien weitgehend ein Problem der Mehrheitsgesellschaft. Sinti und Roma würden verantwortlich gemacht, wenn irgendetwas passiert und das wird dann groß aufgebauscht in den Medien. Sie sind aber nicht die Hauptverantwortlichen für die Situation.

Es bestehe die Gefahr einer Ethnisierung und Kulturalisierung der Diskussion, wir sollten lieber über sozialstrukturelle Faktoren sprechen. Wir bräuchten eine

Armutspolitik. Wir könnten von Menschen, die über Jahrhunderte hinweg ausgegrenzt wurden und in ärmsten Verhältnissen leben, nicht dieselben kulturellen Gepflogenheiten erwarten, wie von Menschen, die in Westeuropa sozialisiert worden sind. Die Medien stellen Sinti und Roma als „Problemverursachende“ dar. Das Leid und die Armut, die sie in ihrer Heimat erleben, werden hingegen nicht thematisiert.

Medien und Veranstaltungen sollten diesbezüglich Aufklärungsarbeit leisten. Das Problem allerdings sei, dass wenn in einer Dokumentation die Klischees nicht erfüllt werden, die Medien den Beitrag nicht ausstrahlen. Gleiches gilt für andere Hörfunk- und Print-Medien.

Teil 2: Sammlung von Methoden für das zukünftige Vorgehen

Leitfragen:

Wie komme ich mit Menschen ins Gespräch? Wie sieht das in der Nachbarschaft praktisch aus?

Aufklärungsmethode Bürger/-innendialog

Offenes Gespräch mit den wichtigen Vertreter/-innen eines Orts zu einem bestimmten Thema

1. Teil: offene Fragerunde
2. Teil: Was kann jeder Bürger, jeder Vertreter dazu beitragen, die gesetzten Ziele zu erreichen?

→ Aufgaben werden verteilt, es gibt ein erneutes Treffen nach ca. einem halben Jahr. Dann wird darüber gesprochen, was funktioniert hat, was nicht und warum.

Überlegung:

Könnte man diese Methode in den einzelnen Stadtteilen von Berlin anwenden?

Vorschlag:

Anwendung dort, wo die Mehrheitsgesellschaft wohnt, nicht dort, wo es Probleme gibt und nicht nur mit den Menschen, die sich sowieso schon für das Thema interessieren.

Die Mehrheit der Bevölkerung hat Vorurteile, weil ihnen das entsprechende Wissen über das Thema fehlt.

Für die Mehrheitsgesellschaft muss ein Anreiz geschaffen werden, damit sie sich nicht nur intensiv mit dem Thema beschäftigt, sondern sich auch aktiv engagiert. Interesse muss geweckt werden, Information allein reicht nicht.

→ Der Bürger/-innendialog ist ein niedrigschwelliges Angebot, um ins Gespräch zu kommen.

Manchmal nutzen rechtsextreme Gruppierungen Bürgerdialoge, um Stimmung gegen Osteuropäer/-innen, Sinti, Roma, Flüchtlinge, Migrant/-innen zu machen. Darum ist eine gute Vorbereitung notwendig.

Es ist wichtig, Räume, die in der Regel nur der Mehrheitsgesellschaft zugänglich sind, solchen Themen zugänglich zu machen, z. B. durch kulturelle Aktivitäten wie sie aus der Arbeit in Köln berichtet wurden (Lesungen, Konzerte etc.).

Woher kommt der Begriff „Zigeuner/-in“?

Für die allermeisten Sinti und Roma ist der Begriff „Zigeuner/-in“ ein Schimpfwort.

Mit dem Begriff „Zigeuner/-in“ hat man unterschiedliche Gruppen diskriminiert:

fahrendes Volk, fahrende Händler, Gauner, Verbrecher.

500.000 Sinti und Roma wurden in den KZs getötet und in dieser Zeit wurde für sie der Begriff „Zigeuner/-in“ gebraucht, darum ist dieses Wort so negativ behaftet.

Was es zu bedenken gebe:

Debatten über Sinti und Roma seien sehr negativ geprägt. Der Blick sollte auf das Positive, auf Stärken und Fähigkeiten und die Betonung der Werthaftigkeit und Gleichwertigkeit der Menschen gelegt werden. Man solle systematisch, etwa in der Gemeinwesenarbeit, nach Fähigkeiten und Ressourcen jeglicher Art suchen („Schatzsuche“) und Aktivitäts- und Engagementmöglichkeiten gestalten, damit sich Menschen entsprechend ihrer unterschiedlichen Möglichkeiten gesellschaftlich einbringen können.

Zusammenfassung und Ausblick

Nach intensiver Arbeit in den Werkstätten stellten Vertreter/-innen der Werkstätten die Ergebnisse im Plenum vor und berichteten von inspirierenden Gesprächen und Ideen. Abschließend äußerten die Veranstalter sowie Teilnehmende persönliche Eindrücke und Impulse, die sie aus der Veranstaltung mitnehmen konnten, sowie neue Ansätze für ihre Arbeit, die sich aus den Vorträgen, Gesprächsrunden und Werkstätten sowie den begleitenden Diskussionen ergeben hatten.

So waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Werkstatt 2 "Wohnumfeld" von dem Arnold-Fortuin-Haus als Beispiel guter Praxis so angetan, dass intensiv diskutiert wurde, wie ein ähnliches Projekt gemeinsam in anderen Städten aufgebaut werden könnte. Hier vernetzten sich unterschiedliche Teilnehmende, um gemeinsam mehr Möglichkeiten zur Durchführung zu haben. Aus allen Werkstätten wurde der Ruf nach mehr Aufklärung und Information aller Bevölkerungsschichten über Sinti und Roma und Antiziganismus laut. Dies würde nicht nur helfen, weniger Vorurteile in den Medien zu reproduzieren, sondern würde sich auch im alltäglichen Umgang in den anderen angesprochenen Bereichen wie Schule, Arbeitswelt und Sport positiv auswirken.

Diese positiven Rückmeldungen aus den Werkstätten unterstrichen, dass es mit dem Initiativentag mit praxisorientierten Angeboten gelang, unterschiedlichen Akteur/-innen Impulse für ihr Engagement zu bieten, sie zu vernetzen und neue Handlungsstrategien und -ansätze gegen Antiziganismus zu erarbeiten.

Dr. Gregor Rosenthal, Leiter der Geschäftsstelle BfDT, zog im anschließenden Pressegespräch ein positives Fazit: "Besonders freut uns, dass viele Menschen, die sich bislang in anderen Handlungsfeldern engagiert haben, ihr zivilgesellschaftliches Engagement jetzt auch gegen Antiziganismus weiterentwickeln wollen. Wir werden versuchen, sie bei ihrem Engagement bestmöglich zu unterstützen und insoweit auch die Kooperation mit dem Zentralrat und anderen bundesweiten und lokalen Akteuren in diesem Bereich weiter ausbauen."

Die Veranstalter widmen sich der Thematik folglich auch im Jahr 2015. Nach dem bundesweiten Initiativentag 2014 sind für das Folgejahr zwei lokale Modellprojekte in Planung. Ziel ist es, in zwei Städten über das Format eines „Bürgerdialogs“ lokalen Akteur/-innen eine Plattform zur Begegnung, zur Sensibilisierung und zum Austausch über die Situation und mögliche Handlungsfelder im Bereich Antiziganismus anzubieten.

Wir bedanken uns bei allen Beteiligten und Teilnehmenden des Initiativentags für die anregende Atmosphäre und wünschen weiterhin viel Kraft, gute Ideen und vor allem viel Erfolg bei Ihrem Engagement gegen Antiziganismus.